

F. G. Friedmann

Demokratie und Partizipation*

Die Tatsache, daß in fast allen modernen Industrieländern an die Stelle einer idealen Einheit von Freiheit und rationaler Ordnung in zunehmendem Maß eine Polarisierung beider Aspekte tritt – wobei Freiheit zu Anarchie und Ordnung zu Unterdrückung werden können –, läßt uns fragen, ob die parlamentarische Demokratie noch eine für unsere Zeit und für die nächste Zukunft adäquate Regierungsform ist. Diese Frage steht letztlich auch hinter den Bemühungen unter der politisch engagierten Jugend, die eine „participatory democracy“, d. h. eine unmittelbare Teilnahme jedes einzelnen am demokratischen Prozeß fordert, und die sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften diese demokratische Partizipation zu erkämpfen sucht.

Demokratie als Lebens- und Regierungsform, und das heißt vor allem als Gesinnung und Haltung, steht und fällt mit der Überzeugung, daß der einzelne Mensch weder überleben noch den Sinn seines Daseins erfüllen kann, wenn er sich nicht als *zoon politikon*, als ein auf andere Menschen angewiesenes und ihnen verantwortliches Lebewesen betrachtet; daß er ferner eine Achtung vor der Personalität empfindet, die letzten Endes wohl auf der Beziehung des Menschen zum Transzendenten beruht – wie immer diese Transzendenz verstanden werden mag. Aus dieser Achtung lassen sich das Recht jedes Menschen auf soziale und politische Gleichberechtigung ableiten, auf das Treffen von Entscheidungen nach bestem Wissen, sowie jene demokratischen Spielregeln, wie z. B. Sinn für Fairneß, und deren Institutionalisierung in Verfassungen, wonach verbindliche Entscheidungen nur von Regierungen getroffen werden können, die auf der Zustimmung der Wähler fußen. (In idealer Form sollen also die Regierten selbst die Regierenden sein, während politische Autorität nur als delegiert und vorübergehend gelten darf.)

Bereiche demokratischen Handelns

Demokratische Gesinnung und Handlungsweise kann so auf drei verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Miteinander zum Ausdruck kommen: im kleinräumigen, übersichtlichen Bereich, im großräumigen, vom einzelnen Bürger nicht direkt überschaubaren Raum und in jenen Bereichen, die zwischen dem Mikrokosmos konkret überschaubarer Teilnahme und dem Makrokosmos der großräumigen Politik liegen.

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der Katholischen Akademie in Bayern am 8. 11. 1968.

Der erstgenannte, private Bereich umfaßt die Familien sowie die auf menschlicher Verbundenheit, Vertrauen und Verstehen aufgebauten Freundschaften und jene von persönlicher Bekanntschaft ausgehenden freiwilligen Vereinigungen, die einem gemeinsamen Interesse dienen. Vor allem in diesem Bereich findet die wirkungsvollste Erziehung zur Demokratie statt: hier kommt im täglichen Leben die Achtung vor dem Mitmenschen zu besonderer Auswirkung.

Diesem kleinräumigen Bereich steht der großräumige der Gesamtgesellschaft und ihre Institutionalisierung im Staat gegenüber, also das Wirkungsfeld der großen Politik und der Politiker, der Ort der Macht und der Staatsautorität, auch heute noch verschiedentlich verstanden als Ausdruck einer geschichtlich-metaphysisch oder geschichtlich-theologisch abgeleiteten Kontinuität.

Zwischen gesellschaftlichem Mikrokosmos und Makrokosmos befinden sich jene Institutionen, die wesentlichen menschlichen Anliegen und Bedürfnissen entsprechen: das religiöse oder politische Leben etwa oder die Förderung von Wissen und Erkenntnis – also Kirchen und Universitäten, Schulen usw. Ihnen kommt die wesentliche Aufgabe zu, eine Verbindung vom kleinräumigen zum großräumigen Bereich herzustellen, d. h. der Gefahr einer Isolierung im gesellschaftlichen Mikrokosmos vorzubeugen und jedem Bürger eine sinnvolle, befriedigende Partizipation am Ganzen zu ermöglichen.

Jeder der drei Bereiche hat seinen legitimen Anspruch und seine Bedeutung; keiner kann ohne Schaden für die Demokratie vernachlässigt oder mißbraucht werden. Allerdings spielen in den einzelnen Ländern mit demokratischer Regierungsform die drei Bereiche eine verschieden große Rolle. So kommt in Amerika dem ersten dieser Bereiche, der Demokratie als freiwilliger Verantwortung etwa auf dem Gebiet der „gutnachbarlichen Beziehungen“, besondere Bedeutung zu. Dies läßt sich zum Teil aus der geschichtlichen Entwicklung erklären, aus den Lebensbedingungen der Pioniere an der „frontier“ und aus einem bestimmten religiösen Geist, dem Verantwortungssinn und dem Bewährungsglauben puritanischer und pietistischer Herkunft. In Deutschland dagegen ist der Raum bürgerlich-demokratischer Betätigung noch weitgehend unterentwickelt, d. h. ohne echten Übergang von unverbindlichem und abstraktem Rasonieren zu konkreter, konstruktiver Betätigung im Mittel- oder Großraum der Gesellschaft. Dazu kommt die Tendenz der staatlichen Bürokratien zur Bevormundung des Bürgers, die nur relativ unwichtige Aufgaben Verbänden oder religiösen und sozialen Organisationen überlassen.

Was den mittleren Bereich anbelangt, so besteht zwischen Amerika und Deutschland vor allem *ein* entscheidender Unterschied. Während sich in Amerika Religion, Erziehung und Wissenschaft traditionell aus dem kleinräumigen Bereich der Privatinitiativen nähren, erhalten sie in Deutschland erst von Behörden, also vom Großraum der Politik her, Unterstützung und Legitimation. Die „Kulturhoheit“ der einzelnen Länder bedeutet praktisch ein Staatsmonopol über die Schulen, das nur ein Minimum an Initiative von seiten der Eltern zuläßt. Im Gegensatz dazu unterstehen in jeder amerikanischen Stadt Volks-, Mittel- und Oberschulen einem Gremium, das von und aus der Bürger-

schaft gewählt wird. Zwei Drittel aller Colleges und Universitäten sind private Gründungen und Institutionen und als solche vollständig dem Einfluß von Regierungsinstanzen entzogen; auch die staatlichen Universitäten sind durch selbständige Kuratorien gegen das direkte Eingreifen von Staatsorganen geschützt.

In Deutschland wird Erziehung zur Demokratie gerade auf der oben genannten mittleren Ebene durch deren traditionelle Bindung an das Großräumig-Übergeordnete und durch die mangelnde Übung im alltäglichen Rahmen erschwert. Die Anpassung der politischen und gesellschaftlichen Verfassung an die Bedingungen des industriellen Zeitalters ist, wie Ulrich von Pufendorf schreibt, „nicht aus der demokratischen Beteiligung der breiten Schichten, sondern von den obrigkeitsstaatlichen Mächten her, d. h. *von oben* geschehen, während die wichtigsten Grundfragen unserer Existenz . . . primär nur als Kompetenz der staatlichen Verwaltung verstanden werden.“ Pufendorf spricht ferner von der Illusion, „mit der Änderung des institutionellen Rahmens und mit der Manipulation der politischen Mechanik gesellschaftliche Probleme meistern“ zu können. Die Frage, ob die politische Bevormundung „von oben“ Ursache oder Folge jener weitverbreiteten Indolenz von seiten der Bürger ist, ist objektiv wohl kaum lösbar. Ein gewisses Gleichgewicht jedoch zwischen demokratischer Gesinnung und Handlungsweise einerseits und der Institutionalisierung der demokratischen Entscheidungsprozesse andererseits ist notwendige Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft.

Daß dieses Gleichgewicht heute nicht besteht, kann kaum geleugnet werden. Man denke nur an die Betonung des Formaljuristischen, an die Verabsolutierung des positiven Gesetzes, das doch historisch bedingt ist und nur insoweit Gültigkeit haben dürfte, als es den Gesetzen der Menschenliebe, der Verantwortung für andere und den Voraussetzungen für die optimale Entwicklung der Eigenpersönlichkeit entspricht. Auch verißt man in diesem Zusammenhang die Erfahrung der Weimarer Zeit, die uns lehren müßte, daß die beste Verfassung nicht imstande ist, das Fortbestehen einer Gesellschaft, ja eines Staates zu garantieren, wenn ihr nicht ein Wille zur Demokratie, eine demokratische Haltung von seiten der großen Mehrheit eines Volks entspricht.

Typen der Partizipation

Was die Frage der Partizipation betrifft, so ist klar, daß nicht jede Form solcher Beteiligung eine demokratische zu sein braucht – man denke etwa an einen Rassenkrawall oder ein Fußballspiel –, daß es jedoch kein demokratisches Verhalten ohne Partizipation gibt. Partizipation ist ein allgemein menschliches Bedürfnis, ja ein allgemeingültiges menschliches Recht, das allerdings in verschiedenen geschichtlichen Epochen verschiedenartige Ausdrucksformen gefunden hat.

Prinzipiell lassen sich zwei Typen von Partizipation unterscheiden. Man kann sie stichwortartig als die *kulturelle* und die *politische* bezeichnen. Die kulturelle stellt eine

Teilnahme an Denk- und Handlungsweisen dar, die unserem Leben seinen eigentlichen Sinn vermitteln: vom religiösen Opfer zu philosophischer Spekulation, von traditionsgebundener Lebensweise zu künstlerischer Erfüllung. Die politische Partizipation besteht aus verantwortlicher Teilnahme an Entscheidungsprozessen oder wenigstens aus deren Nachvollzug als Kontrolle über ihre legale und rationale Entstehungsweise.

Teilen wir die Geschichte in vier, vom Standpunkt der Partizipation wesentlich voneinander verschiedene Epochen ein, so überwiegt in der ersten, „primitiven“, von übersichtlichen und voneinander meist isolierten Gemeinschaften bestimmten Epoche und auch in der zweiten, den vorindustriellen Hochkulturen, das kultische oder kulturelle Element. Nur in Ausnahmefällen, wie in der frühgermanischen Zeit oder der griechischen „Polis“, fielen kulturelle und politische Partizipation zusammen. In der dritten und vierten Epoche drängt sich die politische Partizipation, das Verlangen nach Mitbestimmung, in den Vordergrund, während die kulturelle Partizipation bald als Überbau, bald als Mittel sogenannter Bewußtseinserweiterung betrachtet wird.

Die „Unzufriedenheit“ der Jugend

Wenden wir uns der viel besprochenen „Unzufriedenheit“ der Jugend zu, so wäre zu erklären, was wir im Zusammenhang unserer Erörterung unter Jugend verstehen. In seiner Studie „The Young Radicals“ (1968) spricht der Yale-Psychologe Kenneth Keniston von zwei Phasen der Jugend (im herkömmlichen Sinn des Worts); er unterscheidet „adolescence“, die Altersgruppe 12 bis 18, von „youth“, ein durch einen bestimmten Bewußtseinsstand und eine besondere Sensibilität auszeichneter Teil der Altersgruppe von 18 bis 26.

Die erste Phase gründet in der etwa bis zum zweiten Weltkrieg reichenden Entwicklung der Industriegesellschaft, die zweite Phase entspricht der neuesten, von Automation und Elektronik geprägten Zeit. Auch in der Altersgruppe der 12- bis 18jährigen war zuerst „adolescence“, nämlich die Freiheit, sein Brot nicht selbst verdienen zu müssen, ein Privileg der Minderheit. Heute umfaßt sie die ganze Altersgruppe und wird, als „teenage“-Subkultur institutionalisiert, auch von der übrigen Gesellschaft akzeptiert. „Youth“, die Gruppe, die im heutigen Stadium des „nachindustriellen Zeitalters“ eine Minderheit ihrer Altersklasse darstellt, wird nach Keniston eines Tages auf Grund der Anforderungen weitgehender Technisierung und der damit verbundenen längeren Ausbildungszeit eine Mehrheit bilden.

Von ihrer eigenen Warte aus zögern die Jugendlichen (hier nun spezifisch als „youth“ verstanden), einen festen Beruf zu ergreifen, um dadurch den Eintritt in die Gesellschaft zu verzögern. In Kenistons Analyse erfüllt die „youth“ die meisten psychologischen Anforderungen des „Erwachsenseins“: Sie hat zum Beispiel die von dem Psychologen Erik Erikson beschriebene, für die „adolescence“ typische Identitätskrise über-

wunden. Aber in die institutionelle Struktur der Gesellschaft ist sie noch nicht integriert. Bei Kenistons „youth“ handelt es sich meist um hochbegabte Menschen aus den besten und weltoffensten Familien, die sich bereits mehrfach, gerade auch im Studium ausgezeichnet haben, in ihren Erfolgen aber keine persönliche Genugtuung finden konnten. Ein Teil von ihnen sympathisiert mit der sogenannten Neuen Linken, ein anderer schließt sich der „Hippie“-Bewegung an. Nicht wenige arbeiten beim „Friedenskorps“ oder für andere soziale und humanitäre Programme. Man könnte sagen, daß sie eigene Formen von Idealismus gegenüber dem Materialismus der Gesellschaft vertreten.

Die von der heutigen Jugend in Amerika geübte Kritik unterscheidet sich wesentlich von der Arbeitsweise europäischer Kultur- und Gesellschaftskritiker älteren Stils – etwa eines Ortega y Gasset oder eines Romano Guardini –, die von gegebenen Normen ausgingen und *post factum* Urteile aufstellten. Für die Vorstellung dieser Jugend ist Kritik nicht nur Gedanke, sondern praktische, gesellschaftlich wirksame Aktion. Die Trennung von Intellekt und Leben, von Wissen und Betätigung – ein Grund der Frustration unserer modernen Gesellschaft – soll damit ausgeschlossen werden.

Dazu kommt, daß es heute eine besondere ästhetisch-ethische Sensibilität der Jugend gibt, die vom Kult persönlicher Schönheit – etwa bei den „Hippies“ oder in dem Schlagwort der „Black Power“-Bewegung „black is beautiful“ – zu den „songs“ einer Joan Baez reicht, in denen die durch die lange Geschichte der amerikanischen Folklore hindurch lebendig erhaltene englische Ballade mit aktuellen Texten verbunden wird. Das Ästhetische ist hier also weder Selbstzweck noch Ausdruck einer hedonistischen Gesinnung. Es wird zum Mittel ethischer Erziehung mit dem Ziel spezifischer politischer Aktion. Diese neue Symbiose von Bewußtsein und Gewissen wird in der englischen Sprache besonders deutlich durch die etymologische Verwandtschaft von „consciousness“ und „conscience“.

Nehmen wir an, daß Kenistons „youth“ den politisch aktiveren Elementen unter der deutschen akademischen Jugend entspricht, so finden wir auch hier eine vielfältige Kritik an der bestehenden Gesellschaft. Im unmittelbaren Bereich der Universitäten herrscht eine Examensangst, die teilweise durch die Unübersichtlichkeit der Studiengänge bedingt ist, teilweise dadurch, daß die Examina traditionell am Ende des Studiengangs stehen, also eine Selbsterprobung etwa durch eine Reihe von kleineren Prüfungen, die eng mit dem Studium selbst verbunden sind, nicht möglich ist.

In einer Anzahl von Fächern macht auch die Berufswahl Sorge, da die Ausbildung in den Universitäten oft nicht eng genug mit den Anforderungen der verschiedenen Berufe verbunden ist. Darüber hinaus ist die Berufswahl durch die unübersehbar große Zahl von spezialisierten Berufen in den hochentwickelten Industriegesellschaften erschwert. Es ist nicht mehr wie in einfachen Lebensgemeinschaften, wo es nur eine beschränkte Zahl von Berufen gab, mit deren Arbeits- und Lebensformen man schon von Kind an bekannt war. Diese Schwierigkeit ergibt sich zum Teil aus der Geschwindigkeit der technologischen und sozialen Weiterentwicklung, deren Richtung selbst sogenannte Futurologen nicht mit Sicherheit voraussehen können.

Im allgemeinen verdächtigt ein großer Teil der Jugend die moderne Technologie, sie würde jene Funktionärstendenzen bestärken, die das eigene Gewissen ausschalten und sich blind auf höhere Instanzen berufen. Der jugendlichen Sensibilität entgeht dabei nicht eine gewisse Analogie zum Befehlsnotstand, der von den Übermenschen von gestern – die gelegentlich auch die Väter von heute sind – beansprucht wurde. In diesem Zusammenhang schreibt Kenneth Keniston: „Deutschland hat gezeigt, daß kulturell hochentwickelte Nationen das Udenkbare tun können; Hiroshima bewies, wie einfach, sauber und leicht (vom Standpunkt des Täters aus) es war, das Udenkbare zu tun.“ Dazu kommt, daß nicht nur Industrien und Bürokratien, sondern auch Parlamente und Parteien mit einer gewissen Eigengesetzlichkeit ausgestattet zu sein scheinen, die dem jungen Menschen Initiativen, verantwortungsvolle Entscheidungen und – ganz allgemein – eine sinnvolle Partizipation erschwert.

Gerade die Wohlstandsgesellschaft führt auf wenigstens zwei Gebieten zu tiefgehender Frustration. Sie versagt dem Großteil der Menschen – von den Ghattobewohnern Amerikas bis zu den Menschenmassen der sogenannten „Dritten Welt“ – selbst einfachste Errungenschaften. Ein Teil der Jugend versucht sich mit denen zu identifizieren, die in Armut, Not und Diskriminierung leben. Ihr Protest zielt darauf ab, ein größeres Maß an Gerechtigkeit für die zu gewinnen, die sich selbst nicht oder nur in geringem Maß selbst helfen können. Gleichzeitig fühlen sie, daß die hochentwickelte Technologie die Mitglieder der Wohlstandsgesellschaft traditioneller Motivationen und Lebensinhalte beraubt.

Die gut funktionierende Wohlstandsgesellschaft ruft ohne Zweifel eine Art geistiger Leere hervor, in der ethische Motivierungen des einzelnen schnell erschaffen. Die Identifizierung mit den Armen und Unterdrückten bedeutet in diesem Sinn nicht nur ein Streben nach Gerechtigkeit, sondern einen Versuch, das eigene Streben und Wollen zu konkretisieren. In diesen Zusammenhang fällt auch die Weigerung politisch aktiver Studenten, den Antifaschismus von Mitgliedern der älteren Generation zu honorieren. Versuche der älteren Generation, ihre eigenen Erfahrungen und Lebensschwierigkeiten dem Wohlergehen der heutigen Jugend entgegenzusetzen, werden geradezu als Hohn empfunden. Denn gegenüber der glatten, in ihrer Problematik kaum faßbaren Wohlstandsgesellschaft wird die unmittelbare Greifbarkeit des Gegners unter dem Faschismus als positiv empfunden. Die Provokation von Professoren oder von Hütern der Staatsgewalt kann deshalb als ein Versuch angesehen werden, aus der ungreifbaren, abstrakten Situation eine konkrete, greifbare zu machen. Professoren und Polizei werden in ihren Reaktionen auf Terror und Gewalttätigkeit als konkrete Symbole einer sonst nicht faßbaren „Unterdrückung“ fixiert, die eben in der Leere des Lebens bzw. in der Unmöglichkeit einer sinnvollen Partizipation besteht. Durch verzweifelte Versuche – durch ein für den Augenblick absolutes Engagement, das unter anderem als ein Akt der Befreiung von der bedrückenden Bequemlichkeit der bürgerlichen Ordnung erlebt wird – will man dem eigenen Gewissen einen konkreten Anlaß zur Bestätigung verschaffen.

Die Rolle bewußter Minderheiten

Die Frage, die wir zunächst beantworten müssen, ehe wir uns mit den besonderen Problemen unserer Zeit beschäftigen, ist, welche Rolle ethisch und politisch bewußtere Minderheiten in einer Demokratie spielen können. Dazu läßt sich allgemein sagen, daß eine Elite, die sich durch stärkeres Bewußtsein und Gewissen, durch Sensibilität und verantwortliches Engagement sowie durch berufliche Kompetenz auszeichnet, keineswegs undemokratisch auf die große Mehrzahl der Mitbürger einwirken muß, solange sie weder bevormundet noch manipuliert, sondern lediglich exemplarisch für weitere Kreise einen Denk- und Lebensstil entwirft und dadurch das eigene Gewissen zu einem öffentlichen macht. Diese Feststellung trifft auch auf die politisch aktiveren Studenten zu.

Der aktiven Partizipation an der parlamentarischen Demokratie stellt sich die Schwierigkeit entgegen, daß die Kompliziertheit der internationalen Lage und die Undurchsichtigkeit von Intentionen und Verhaltensmechanismen der großen Mächte den Parteien kaum Möglichkeit geben, attraktive Entweder-Oder-Lösungen zu entwickeln. Dies bedeutet bei Wahlen in Ländern wie der Bundesrepublik oder den USA, daß die regierungsfähigen Parteien kaum Bewegungsfreiheit besitzen, und daß der Wähler, aus Mangel an echten Alternativen, an spezifischen Entscheidungen seines Abgeordneten praktisch nicht beteiligt ist.

Der Ruf nach „participatory democracy“ entsteht in erster Linie aus der Feststellung, daß die industrielle und vor allem die nachindustrielle Epoche dahin tendieren, das Funktionieren der Wirtschaft und der Gesellschaft zu betonen. In dieser Betonung des Funktionellen sieht die Jugend eine Gefahr der Manipulation des Menschen, seine Reduktion zum Objekt. Ihr Ruf nach Mitbestimmung, nach Partizipation an allen Entscheidungsgremien ist ein Versuch, die menschliche Entfremdung innerhalb dominierender Bereiche der modernen Industriegesellschaft zu überwinden. Freilich gebraucht die Jugend „Partizipation“ und „direkte Demokratie“ oft als undifferenzierte Schlagworte, ohne zwischen Mitbestimmung bei Entscheidungen und Teilnahme im Sinn etwa von kulturellem Schaffen zu unterscheiden und sich über das unserer Zeit angemessene Verhältnis dieser beiden Aspekte von Partizipation Gedanken zu machen. Jedenfalls kann man annehmen, daß das heutige Interesse an der Verwirklichung beider Aspekte, die wir als einen Versuch eines neuen Humanismus in den verschiedenen Lebensbereichen wahrzunehmen beginnen, in mancher Beziehung mit dem traditionellen Personalismus verwandt ist. Man strebt übersichtliche Gemeinschaften an, in denen der einzelne sich persönlich optimal erfüllen und gleichzeitig anderen im Sinn der traditionellen Werte – etwa eines christlichen Humanismus – menschlich begegnen kann; man fühlt sich verpflichtet, die Welt und ihre Institutionen so zu ändern, daß anstelle eines manipulierenden Stils ein „participatory style“ treten kann.

Im Bereich der Universitäten ist die Unruhe wohl am stärksten in den Geisteswissenschaften. Sie läßt sich auf zwei eng miteinander verbundene Gründe zurückführen: erstens auf die traditionelle Definition der Geisteswissenschaften, die den Anforderungen

des aus der engen Verbindung von Bewußtsein und Gewissen erwachsenen, im weitesten Sinn des Worts *politischen* Humanismus nicht mehr gerecht wird; und zweitens auf die unzureichenden Anstrengungen von Universitätsgremien, den Absolventen der Geisteswissenschaften zu einer adäquaten Berufsstellung innerhalb der modernen Industriegesellschaft zu verhelfen. Es genügt nicht, den Studierenden der Geisteswissenschaften das Lehramt als praktisch einzige Berufsmöglichkeit anzubieten. Die Besten – im Sinn fachlicher Kompetenz und ethisch-politischer Sensibilität – sollten verantwortliche Stellen im Bereich der Industrie und der Politik erhalten, um gleichsam eine humanisierende Unterwanderung der Industriegesellschaft durchführen zu können. Es gibt heute erste Versuche, gemischte Berufsberatungs- und Stellenvermittlungsgremien aus Vertretern der Industrie, der Universität und der Sozialarbeit zu bilden, deren Aufgabe es u. a. sein wird, die Schaffung von neuen und neuartigen Stellen anzuregen und zu betreiben.

Über das Gebiet der Universitätsprobleme hinaus wäre es wichtig, ganz allgemein die Fragmentierung der Gesellschaft sowie des individuellen Lebens durch freiwillige Zusammenschlüsse vernünftiger, engagierter Mitglieder der einzelnen Lebensbereiche zu überwinden. Man denke an Kuratorien von Universitäten, die die Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und angewandter Ethik repräsentieren könnten, oder an ein nationales Gremium für Wissenschaft und Gesellschaft, das anstelle einer einzigen Modellfigur – die es heute wohl nicht gibt – durch eine Vielfalt von persönlichen Verbindungen je nach Können und Engagement die praktische Vernunft beispielhaft sichtbar machen würde.

In meinem eigenen Erfahrungsbereich waren es interessanterweise nicht Vertreter der Geisteswissenschaften, sondern vor allem Manager und Besitzer großer Industrieunternehmen, die sich für eine praktische Humanisierung ihrer Betriebe und darüber hinaus der Gesellschaft einsetzten. Ich denke an einen verstorbenen italienischen Freund, der seinem Industriebetrieb dadurch zu Weltgeltung verhalf, daß er das „industrial design“, d. h. eine Wechselbeziehung von Schönheit und Zweckmäßigkeit, in seinen Produkten betonte. Nach ähnlichen Prinzipien versuchte er auch die Freizeit seiner Arbeiter zu gestalten, indem er den Sieger wöchentlich stattfindender Wettbewerbe zur Ermittlung der intelligentesten, von Arbeitern verfaßten Rezension neu erschienener Bücher auf Kosten des Betriebs zuerst auf eine technische Schule innerhalb der Fabrik und nach erfolgreichem Abschluß auf eine technische Hochschule schickte. Als Leiter einer neuen Niederlassung in einem industriell noch völlig unentwickelten Teil des Landes wurde ein erfahrener „social worker“ bestellt, der sich wie ein Großteil der 150 Geisteswissenschaftler, die in jenem Unternehmen arbeiteten, vor allem mit „social and cultural change“ und mit „community development“ beschäftigt hatte. Ich erinnere mich auch an den Generalmanager einer großen amerikanischen Industriefirma, der die Ansicht vertrat und im Leitartikel einer Fachzeitschrift für Elektroingenieure aussprach, daß niemand, der Werner Jägers „Paideia“ nicht gelesen hätte, ein guter Ingenieur sein könne. Eine Untersuchung des amerikanischen Ärzteverbands ergab, daß Medizinstudenten, die vor dem Fachstudium ein über das übliche Pensum hinausgehendes Studium der Geisteswissenschaften betreiben, eine größere Chance haben, gute Ärzte zu werden. Endlich sei noch als vielleicht eklatantestes Beispiel der Alleinbesitzer eines großen deutschen Unternehmens genannt, der kürzlich die Leitung seiner Firma an eine Gruppe von Managern abgab, um sich ausschließlich dem Problem der Humanisierung der modernen Industriegesellschaft zu widmen.

Versuche gerade auf dem Gebiet der Politik, die Demokratie durch neue Formen der Partizipation zu stärken und zu vermenschlichen, werden oft durch die Tatsache verhindert, daß staatliche Organe und Bürokratien immer noch an der These festhalten, daß derjenige, der zahlt, auch befiehlt. Man vergißt dabei, daß die Gelder des Staates in erster Linie die Steuergelder der Bürger sind und daß es der Regierung lediglich obliegt, als Treuhänder diese Gelder zu verwalten. Aus der größeren legalen Kompetenz der staatlichen Bürokratie, was etwa eine Rechtsaufsicht betrifft, läßt sich kein allgemeiner Primat der Bürokratie ableiten. Der Gesetzgeber täte gut daran, den Staat dadurch zu entlasten, daß er die Gründung und Funktion von Stiftungen erleichtert, so daß Gelder für eine Vielfalt von Aufgaben, die heute der Staat wahrnimmt, von entsprechenden Gremien verantwortlicher Bürger und Experten eingesetzt und verwaltet werden könnten. Gleichzeitig sollte die Vertretung individueller oder korporativer Interessen einerseits als ein legitimer Teil des demokratischen Entscheidungsprozesses gelten, andererseits durch Zwang zu größerer Öffentlichkeit, etwa durch gesetzliche Registrierung von Lobbyisten oder deren offiziellem Erscheinen vor Ausschüssen der Legislative, mehr auf das Gemeinwohl bezogen werden. Was die Förderung der politischen Meinungsbildung durch den Gesetzgeber betrifft, so empfiehlt es sich, Form und Funktion von „Hearings“ so zu erweitern, daß Zeugen nicht zur Bekräftigung vorgefaßter Meinungen eingeladen werden, sondern zu einer eingehenden Befragung durch einen Ausschuß, dem es vor allem um das Verständnis der Gründe für die vorgebrachten Meinungen und Anliegen gehen muß.

Eine qualifizierte Minderheit könnte auch in den Parteien wirksamer werden, wenn diese beispielsweise der Jugend den Zugang zur Parteiarbeit erleichtern würden. Eine Reform des Wahlsystems, etwa der Übergang zum einfachen Mehrheitswahlrecht und die Einführung der öffentlichen Vorwahl der Kandidaten einer Partei, wäre hier ebenfalls zu erwägen. Von noch größerer Bedeutung, weil unmittelbar durchführbar, wäre die Intensivierung gegenwärtiger und zum Teil erfolgreicher Versuche, die „Ansprechbarkeit“ von Politikern zu aktivieren und Gremien jüngerer Akademiker innerhalb und außerhalb der Parteien zu unterstützen oder neu zu bilden und zu fördern, die z. B. durch ehrenamtliche Mitarbeit an der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen der Arbeit der Parteien und Parlamente von besonderem Nutzen sein könnten.

Da die meisten Schulen dem Staat unterstehen und demokratische Gesinnung und Praxis vor allem in der Jugend gepflegt werden muß, ist es wichtig, daß Eltern, aber auch andere Bürger nicht müde werden, sich gegen eine autoritäre und für eine humane Pädagogik einzusetzen. Der amerikanische Pädagoge John Dewey hat sich schon vor zwei Generationen darüber gewundert, warum Kinder, die uns außerhalb der Schule mit Fragen überhäufen, in den Schulen alten Stils weder Fragen stellen noch sonst irgendwelche Initiative zeigen. Dabei gibt es kaum ein Gebiet, auf dem in zahlreichen Ländern mehr Experimente im Sinn demokratischer und weltoffener Gesinnung unternommen worden sind, als gerade auf dem der Erziehung. Man denke nur an die sogenannten „UN-mock conventions“ in gewissen amerikanischen Schulen, also an allgemeine

Debatten von Schülern, bei denen jeder (entsprechend der Struktur der UNO) ein anderes Land und dessen spezielle politische Anliegen vertreten muß. Dabei lernen die Schüler, sich in andere Menschen einzufühlen und gewöhnen sich von früh auf an demokratischen Stil und Verfahrensweise. In diesem Zusammenhang können auch die Studienprogramme von Hörfunk und Fernsehen von großem Nutzen sein, vor allem wenn sie neben der Vermittlung von Wissen konkrete menschliche Situationen und deren Problematik so darstellen, daß sie zu einer ernsthaften Beschäftigung von seiten des Hörers oder Zuschauers führt.

Solche und ähnliche Reformen werden jedoch das Drängen der engagierten Minderheit nach direkter Partizipation nicht voll befriedigen. Eine gewisse Spannung zwischen außerparlamentarischer Opposition und parlamentarischer Demokratie wird auch weiterhin, soweit sich das überschauen läßt, die politische Landschaft unserer Gesellschaft bestimmen. Solange jedoch die außerparlamentarische Opposition nicht zur antiparlamentarischen wird, solange sie sich also noch am inneren Rand der bestehenden Institutionen bewegt, wird dies der Demokratie nur zum besten gereichen. So haben die „sit-ins“ einiger tausend vornehmlich schwarzer Studenten in den frühen sechziger Jahren die neue amerikanische Bürgerrechtsgesetzgebung unter den Präsidenten Kennedy und Johnson hervorgerufen, so haben Senator Eugene McCarthy und seine studentischen Helfer die nochmalige Kandidatur Präsident Johnsons vereitelt, die Pariser Verhandlungen über eine Beendigung des Vietnamkriegs provoziert und den jüngsten Stopp in der Bombardierung Nordvietnams mitangeregt. Auch die Studentendemonstrationen in Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern haben tiefgreifende Reformen der Universitäten in Gang gebracht oder solche Reformen wenigstens beschleunigt.

Zum Schluß unserer Erwägungen über die Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch direkte Partizipation, über die Humanisierung der Industriegesellschaft durch ein aus besonderem Bewußtsein und Gewissen erwachsendes Engagement, müssen wir noch einige der Schwierigkeiten erwähnen, die diesem Anliegen entgegenstehen. Das sind einmal die Gefahren, denen die engagierte Jugend ausgesetzt ist.

1. Eine Gruppe der politisch engagierten Studenten fordert direkte Partizipation im Sinn einer Räte-Utopie. Dabei vergessen sie die Unterschiede zwischen den drei Ebenen zwischenmenschlicher Beziehung bzw. wenden damit ein dem Mikrokosmos entstammendes Prinzip unkritisch auf die beiden anderen Ebenen an. Anstelle sachlicher Analysen von Problemen wie etwa der Machtkonzentration in den Institutionen und Bürokratien des modernen Industriestaats gibt man sich mit emotionalen Parolen zufrieden. Auch der landläufige soziologische Jargon, verbunden mit einer Eindimensionalität „gesellschaftlichen“ Denkens, die der zu Recht hervorgehobenen Gefahr der Eindimensionalität der nachindustriellen Gesellschaft spiegelbildlich entspricht, führt nicht selten dazu, das konkrete Element des menschlichen Einsatzes, ja, die geschichtlich bedingte Einmaligkeit des einzelnen Menschen in den Hintergrund zu drängen, so daß eine Art Anti-Humanismus entsteht.

2. Die zweifellos bestehenden Schwierigkeiten, aus dem übersichtlichen Kleinraum der Betätigung etwa zu einer maßgeblichen Teilnahme an einer Universitätsreform vorzudringen, führen immer häufiger von einem begrenzten Anliegen zu emotionaler Intensivierung und Verallgemeinerung, die oft in Hysterie und Gewalttätigkeit ihren Ausdruck finden. Diese Tendenz wird durch die Massenmedien und ihre simultane Berichterstattung über die Ereignisse in der ganzen Welt gefördert. Im besonderen unterstützt die Sensationslust dieser Medien das seiner Natur nach Hektische des jugendlichen Drängens zum permanenten Avantgardismus.

3. Eine gewisse Euphorie der Macht auf seiten radikaler Studentenführer bzw. ihre Hybris angesichts der Ohnmacht des Establishments führt nicht selten zu unverantwortlichen Handlungen. Hier, wie auch bei der Umsetzung der Enttäuschung über die Leere und Trivialität der Intimsphäre in eine pornographische Provokation, handelt es sich letztlich, bei allem Schein des Unmuts, um eine Verzweiflung über die Schwierigkeiten echter menschlicher Beziehungen und persönlich sinnvoller und gesellschaftlich nützlicher Betätigung. Die gelegentlich psychopathische Überdrehtheit radikaler Studenten erinnert an die gefährlich sich steigernde Tourenzahl einer Antriebswelle, die nicht mit einem Arbeitsgerät gekoppelt ist.

Andere Schwierigkeiten kommen aus der politischen und sozialen Wirklichkeit unserer Situation. Charismatische Figuren wie Kennedy und Martin Luther King, die in ihrer Person Ideen und Ideale verkörperten, wurden von Kräften aus dem irrationalen Untergrund der Gesellschaft ermordet. Der Ruf nach „Ruhe und Ordnung“ beherrscht – nicht nur in Amerika – die innenpolitische Szene; er erhebt sich vor allem bei jenen, die bisher auf die jugendlichen Frustrationen innerhalb der Wohlstandsgesellschaft und dem damit verbundenen Suchen nach einem sinnvollen und verantwortlichen Dasein meist mit Unverständnis reagierten. Dazu kommt, daß man in Regierungskreisen gern betont, es würden verantwortliche gesellschaftliche Kräfte fehlen. Man meint damit eine mangelnde Verantwortungsbereitschaft im Klein- und Mittelraum bürgerlicher Betätigung. Dies führt dazu, daß der Staat in oft paternalistischer oder dirigistischer Weise wichtige Entscheidungen und Verantwortungen, die Gruppen und Institutionen auf dieser Ebene zuständen, an sich zu reißen versucht.

All diese Schwierigkeiten dürfen uns nicht daran hindern, mehr denn je die demokratische Gesinnung in jedem von uns zu entwickeln und sie auf den verschiedenen Ebenen menschlichen Zusammenlebens praktisch zu verwirklichen. Wen unsere Argumente wenig überzeugen und wer entweder im Sinn eines absoluten, undifferenzierten Engagements oder eines Glaubens an die Effektivität und Suffizienz bestehender politischer Institutionen denkt, den möchten wir an unser Nachbarland im Osten erinnern, das der Übermacht der Invasion nur die Zivilcourage seiner Bürger entgegenzusetzen hatte. Das Ausmaß und die Art dieses Widerstands sollten besonders denen zu denken geben, die – aus welchen Gründen auch immer – an der Zukunft des demokratischen Prinzips zweifeln.